

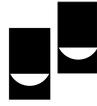
Das Wichtigste in Kürze

Nach zwei Jahren im Zeichen der Coronapandemie normalisierte sich der Gerichtsbetrieb im Berichtsjahr. So fanden der Rechtsprechungsbetrieb sowie die Sitzungen der Leitungsorgane und des Gesamtgerichts wieder vor Ort statt. Die Mitarbeitenden konnten entsprechend der neuen Richtlinie zum mobilen Arbeiten einen Teil ihrer Arbeitsleistung im Homeoffice erbringen. Eine analoge Regelung für das mobile Arbeiten der Richterinnen und Richter verabschiedete das Gesamtgericht im Berichtsjahr. Sie trat per Anfang 2023 in Kraft.

Aufgrund anstehender Pensionierungen und Austritte traten 2022 sechs neue Richterinnen und Richter ihr Amt an. Auf Antrag des Gesamtgerichts bestätigte die Bundesversammlung im Dezember Vito Valenti als Präsidenten und wählte Stephan Breitenmoser zum Vizepräsidenten für die Amtsperiode 2023/2024. Ende Jahr verliess auch Generalsekretärin Stephanie Rielle La Bella das Gericht.

Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts erhöhte sich 2022 leicht. Insgesamt gingen 6106 Fälle ein; aus dem Vorjahr wurden 5264 Fälle übernommen. 6442 Fälle wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 283 Tage.

Im Berichtsjahr wurde das System der Spruchkörperbildung wesentlich weiterentwickelt. So wurde unter anderem per 1. Januar ein Spruchkörpercontrolling eingesetzt. Am 13. Dezember verabschiedete das Gesamtgericht die Anpassung des Geschäftsreglements, in dem die Kriterien der Spruchkörperbildung abgebildet sind.



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

1. Allgemeiner Teil	60
Zusammensetzung des Gerichts	60
Gerichtsorganisation	62
Kommissionen	63
Geschäftslast	64
Koordination der Rechtsprechung	65
Gerichtsverwaltung	65
Projekte	67
Aufsicht	67
Zusammenarbeit	68
2. Statistiken	70

GESCHÄFTSBERICHT 2022 DES BUNDESV ERWALTUNGSGERICHTS

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2022.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Der Präsident: Vito Valenti
Der Generalsekretär a. i.: Bernhard Fasel

St. Gallen, 27. Januar 2023

1. ALLGEMEINER TEIL

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident: Vito Valenti
 Vizepräsidentin: Kathrin Dietrich

Verwaltungskommission

Präsident: Vito Valenti
 Vizepräsidentin: Kathrin Dietrich
 Mitglieder: Yannick Antoniazza-Hafner
 Claudia Cotting-Schalch
 Walter Lang

Präsidentenkonferenz

Vorsitzender: David Weiss, Präsident Abteilung III
 Mitglieder: Annie Rochat Pauchard, Präsidentin Abteilung I
 Pascal Richard, Präsident Abteilung II
 Contessina Theis, Präsidentin Abteilung IV
 Barbara Balmelli-Mühlematter, Präsidentin Abteilung V
 Gregor T. Chatton, Präsident Abteilung VI

Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella
 Stellvertreter: Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin: Annie Rochat Pauchard
 Mitglieder: Christine Ackermann
 Emilia Antonioni Luftensteiner
 Sonja Bossart Meier
 Jérôme Candrian
 Raphaël Gani
 Maurizio Greppi
 Alexander Misic
 Keita Mutombo
 Claudia Pasqualetto Péquignot
 Jürg Steiger
 Jürg Marcel Tiefenthal
 Iris Widmer (ab 1.3.)

Abteilung II

Präsident:	Pascal Richard
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi
	David Aschmann
	Jean-Luc Baechler
	Stephan Breitenmoser
	Francesco Brentani
	Kathrin Dietrich
	Christoph Errass (ab 1.5.)
	Ronald Flury (bis 30.4.)
	Mia Fuchs
	Martin Kayser
	Vera Marantelli-Sonanini
	Eva Schneeberger
	Marc Steiner
	Daniel Willisegger
	Christian Winiger

Abteilung III

Präsident:	David Weiss
Mitglieder:	Caroline Bissegger
	Michela Bürki Moreni
	Regina Derrer
	Caroline Gehring
	Viktoria Helfenstein
	Madeleine Hirsig-Vouilloz
	Michael Peterli
	Christoph Rohrer
	Vito Valenti
	Beat Weber

Abteilung IV

Präsidentin:	Contessina Theis
Mitglieder:	Susanne Bolz
	Gérald Bovier
	Daniela Brüscheweiler
	Daniele Cattaneo
	Yanick Felley
	Walter Lang
	Chiara Piras
	Gérard Scherrer (bis 31.3.)
	Jeannine Scherrer-Bänziger
	Thomas Segessenmann
	Nina Spälti Giannakitsas
	Simon Thurnheer
	Chrystel Tornare Villanueva (ab 1.4.)

Abteilung V

Präsidentin:	Barbara Balmelli-Mühlematter
Mitglieder:	Muriel Beck Kadima
	Deborah D'Aveni
	Gabriela Freihofer
	Markus König
	Constance Leisinger
	Camilla Mariéthoz Wyssen
	Esther Marti
	Lorenz Noli
	Roswitha Petry
	Grégory Sauder
	William Waeber
	David Wenger

Abteilung VI

Präsident:	Gregor T. Chatton
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner
	Daniele Cattaneo
	Claudia Cotting-Schalch
	Jenny de Coulon Scuntaro
	Susanne Genner
	Fulvio Haefeli
	Regula Schenker Senn
	Andreas Trommer

Im Berichtsjahr amtierten *Vito Valenti* als Präsident und *Kathrin Dietrich* als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst dem Präsidenten und der Vizepräsidentin aus *Yannick Antoniazza-Hafner*, *Claudia Cotting-Schalch* und *Walter Lang* zusammen. Die Abteilungen wurden präsiert von *Annie Rochat Pouchard* (Abteilung I), *Pascal Richard* (Abteilung II), *David Weiss* (Abteilung III), *Contessina Theis* (Abteilung IV), *Barbara Balmelli-Mühlematter* (Abteilung V) und *Gregor T. Chatton* (Abteilung VI).

Neu zum Gericht stiessen sechs Richterinnen und Richter: *Susanne Bolz*, *Regina Derrer*, *Christoph Errass*, *Thomas Segessenmann*, *Chrystel Tornare Villanueva* und *Iris Widmer*.

Bolz, *Derrer* und *Segessenmann* wurden am 29. September 2021 durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt und traten ihr Amt per Anfang Jahr an. *Errass*, *Tornare Villanueva* und *Widmer* wurden am 15. Dezember 2021 gewählt, wobei *Widmer* am 1. März, *Tornare Villanueva* am 1. April und *Errass* am 1. Mai anfangen.

Das Gericht verlassen, um in den Ruhestand zu gehen, haben *Gérard Scherrer* per 31. März, *Ronald Flury* per 30. April sowie *Fulvio Haefeli* per 31. Dezember. Per Ende Jahr verliess auch die Generalsekretärin *Stephanie Rielle La Bella* das Gericht.

Gerichtsorganisation**Gesamtgericht**

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen Sitzungen und zusätzlich zu einer Retraite. Dabei verabschiedete es unter anderem fünf abtretende und vereidigte drei neu eintretende Richterinnen und Richter. Alle Sitzungen konnten unter Einhaltung des gerichtlichen Schutzkonzepts als Präsenzveranstaltungen stattfinden, was den Ablauf erheblich erleichterte. Ende Jahr mussten die Abteilungen, die Verwaltungskommission und das Gerichtspräsidium neu bestellt werden. An der ordentlichen Sitzung vom 25. Oktober schlug das

Gesamtgericht zuhanden der Bundesversammlung *Vito Valenti*, Richter der Abteilung III, als Gerichtspräsidenten und *Stephan Breitenmoser*, Richter der Abteilung II, als Vizepräsidenten für die Amtsperiode 2023/2024 vor.

An seiner Sitzung vom 13. Dezember wählte das Gesamtgericht folgende Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten für die Amtsperiode 2023/2024: *Annie Rochat Pauchard*, Abteilung I; *Pascal Richard*, Abteilung II; *Beat Weber*, Abteilung III; *Contessina Theis*, Abteilung IV; *Barbara Balmelli-Mühlematter*, Abteilung V; *Gregor T. Chatton*, Abteilung VI. Zudem wählte es folgende Mitglieder für die Amtsperiode 2023/2024 in die Verwaltungskommission: *Keita Mutombo*, Richter Abteilung I; *Roswitha Petry*, Richterin Abteilung V; *Nina Spälti Giannakitsas*, Richterin Abteilung IV.

Im Mai traf sich das Gesamtgericht zu einer zweitägigen *Retraite*, die dem Thema «Ethikcharta» gewidmet war. Auf Antrag der Präsidentenkonferenz und der Verwaltungskommission setzte es sich zudem mit den Zuständigkeiten und dem Verfahren für die Veröffentlichung von Entscheiden in der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE) sowie mit der Kompetenz zum Erlass der Richtlinien für die amtliche Publikation von Entscheiden auseinander und beschloss an seiner Sitzung vom 22. März über die Teilrevision von Art. 7, Art. 9 und Art. 9a des Informationsreglements. Am 30. August stimmte das Gesamtgericht einer Änderung im VGR zur Regelung der Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter vollamtlicher Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts zu. In Anlehnung an die rechtlichen Grundlagen des Bundesgerichts und des Bundesstrafgerichts beschloss es, dass Entschädigungen, die den Betrag von 10 000 Franken (inklusive Auslagen) pro Kalenderjahr übersteigen, an die Gerichtskasse abzuliefern sind. An seiner Sitzung vom 25. Oktober verabschiedete das Gesamtgericht die Richtlinie für mobiles Arbeiten für die Mitglieder des Gerichts. Schliesslich liess es sich an jeder Sitzung über den aktuellen Stand der Digitalisierungsprojekte informieren.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission traf sich zu insgesamt 14 ordentlichen Sitzungen, wovon eine in Form einer *Retraite* durchgeführt wurde. Ziele der Amtsperiode 2021/2022 waren die Unterstützung und Begleitung des Digitalisierungsvorhabens eTAF, die Umsetzung des Schulungskonzepts zur Urteilsredaktion, die Einführung der neuen Prozesse im Rahmen des revidierten Enteignungsgesetzes, die Weiterentwicklung der Führungskultur, die Opti-

mierung der Ressourcensteuerung sowie die transparente Regelung der Fallzuteilung.

Die Verwaltungskommission fällte verschiedene Personalentscheide und fasste unter anderem Beschlüsse zum Voranschlag 2023, zur geografischen Begrenzung für mobiles Arbeiten am Bundesverwaltungsgericht und zu einzelnen Projekten aus dem Programm eTAF. Zudem überwachte sie im Rahmen des Tertialreportings die Verfahrenszahlen und fällte Entscheide zur Bestellung des Stellenetats. Wiederkehrendes Traktandum waren die Weiterentwicklung des Systems zur Spruchkörperbildung und die Überprüfung der Empfehlungen aus den Aufsichtsberichten und wissenschaftlichen Beiträgen, ab Mitte Jahr auch mit Unterstützung von Daniela Thurnherr, Professorin an der Universität Basel und nebenamtliche Richterin.

Das Gesamtgericht wählte an der Plenumsitzung vom 13. Dezember die neuen Mitglieder der Verwaltungskommission für die Amtsperiode 2023/2024.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere für die Koordination der Rechtsprechung zuständig. Im Berichtsjahr traf sie sich zu zehn Sitzungen (elf im Vorjahr). Die Konferenz genehmigte unter anderem das Detailkonzept für ein weiteres internes Schulungsangebot im Bereich der Urteilsredaktion (Kurs «Sprache eines Urteils»). Ausserdem beschäftigte sie sich an mehreren Sitzungen mit Fragen zur Weiterentwicklung des Systems zur Spruchkörperbildung und fasste verschiedene Beschlüsse im Hinblick auf eine elektronische Durchführung des Zirkulationsverfahrens.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert in Abstimmung mit der Präsidentenkonferenz die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts und entscheidet über die Publikation in der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Sie setzt sich aus vier Richtern und zwei Gerichtsschreibern zusammen und wird von Mitarbeitenden der Wissenschaftlichen Dienste unterstützt.

Im Berichtsjahr tagte die RK elfmal, und es wurden neun BVGE-Newsletter versandt. Der Jahresband der BVGE 2021 mit 30 Entscheiden erschien im Dezember 2022.

Den Jahreszielen entsprechend wurden von den zuständigen Stellen Anregungen der RK aufgenommen betreffend die Qualität der Internetrecherche in der Entscheidungsdatenbank und die Anforderungen an die künftige Wissensdatenbank.

Schlichtungsstelle

Seit vier Jahren ist die Schlichtungsstelle, die bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern vermittelt, personell unverändert. Im Berichtsjahr wurde sie offiziell nicht angerufen, hingegen gab es eine inoffizielle Anfrage. Aufgrund der Rückmeldungen zur durchgeführten Umfrage unter den Richterinnen und Richtern (s. letzten Geschäftsbericht) wurde sodann entschieden, die bisherigen Reglementsgrundlagen beizubehalten.

Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in) den Sachverhalt und versucht, in der Schlichtungsverhandlung eine Einigung herbeizuführen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

Personalkommission

Im Berichtsjahr einigte sich die Personalkommission (PEKO) darauf, dass eine anonyme Anlaufstelle für die Mitarbeitenden des Gerichts eingerichtet werden soll. Sowohl bei der VK als auch beim Personal stiess dieses Anliegen auf offene Ohren. Des Weiteren organisierte die PEKO erneut den alljährlichen Firmenlauf. Ferner wurde ein Workshop mit Elias Toledo, dem stellvertretenden Generalsekretär des Personalverbands des Bundes (PVB), durchgeführt. Die PEKO wird das Reglement der Personalkommission anpassen, um ein griffigeres Instrument der Teilhabe in den Händen zu haben.

Vertrauensstelle

Nach der personellen Aufstockung im Berichtsjahr 2021 auf neu sechs Personen erfuhr die Vertrauensstelle in der aktuellen Berichtsperiode wiederum zwei personelle Abgänge, weshalb sich die Vertrauensstelle seit dem 1. September nur noch aus vier Mitgliedern zusammensetzt. Nach wie vor steht den Mitarbeitenden jedoch ein sprachlich wie auch fachlich breit aufgestelltes Team als nieder-

schwellige Anlaufstelle zur Verfügung. Seit 1. Juni verfügt die Vertrauensstelle zudem über eine revidierte Richtlinie.

Die Vertrauensstelle wurde auch in diesem Jahr verschiedentlich von Mitarbeitenden aufgesucht, wobei sich die Anliegen, ähnlich wie bereits im Vorjahr, unter anderem auf die Beziehung zwischen Vorgesetzten bzw. Arbeitskolleginnen und -kollegen, den Umgang untereinander und dabei insbesondere auch auf die privilegierende Behandlung Einzelner bezogen. Ein allgemeiner Themenaustausch mit dem Bereich Human Resources und der Personalkommission wurde bereits angestossen.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 70 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5264 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 6106 (Vorjahr 5708) neue Fälle ein, denen 6442 (Vorjahr 5977) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle ist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 336 (-6,4%) auf 4928 gesunken. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 283 Tage (Vorjahr 306). Am Ende des Jahres waren 1002 (Vorjahr 643) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	635	778
Abt. II	412	430
Abt. III	479	519
Abt. IV	1735	1764
Abt. V	1547	1652
Abt. VI	1298	1299
Gesamthaft	6106	6442

Spruchkörperbildung

Spruchkörperbildung bezeichnet die Art und Weise, wie die Richtergermien gebildet werden, die über einen Fall urteilen. Am Bundesverwaltungsgericht werden die Verfahren von Einzelrichterinnen, Einzelrichtern mit Zustimmung einer Zweirichterin, Dreier- oder Fünfergermien beurteilt. Das Geschäftsreglement und die Reglemente der sechs Abteilungen legen fest, welche Kriterien bei der Zuteilung berücksichtigt werden müssen. Zu berücksichtigen sind beispielsweise Arbeitssprache, Beschäftigungsgrade, Spezialisierungen, Abwesenheiten, allenfalls

zusammenhängende Verfahren, Ausstandsgründe usw. Das angewandte Zuteilungssystem beruht auf einer automatischen und einer manuellen Komponente, wobei die Umsetzung in der Verantwortung der Abteilungspräsidien liegt. Sofern es technisch möglich ist, kommt die automatische Zuteilung mit einer Software zum Einsatz. Die manuelle Komponente bleibt jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Zuteilungssystems. Alle Zuteilungen der seit dem 1. Januar eingegangenen Verfahren sind systematisch dokumentiert und können statistisch ausgewertet werden.

Im Berichts- wie auch im Vorjahr wurde das System der Spruchkörperbildung wesentlich weiterentwickelt. So wurde unter anderem per 1. Januar ein Spruchkörpercontrolling eingesetzt. Am 13. Dezember verabschiedete das Gesamtgericht die Anpassung des Geschäftsreglements (VGR), in dem neu alle Kriterien der Spruchkörperbildung abgebildet sind. Die neue Regelung im VGR wird die bisherigen Bestimmungen in den Abteilungsreglementen zur Spruchkörperbildung ersetzen. Das Reglement wird 2023 in der Amtlichen Sammlung publiziert.

Bei den im Berichtsjahr eingegangenen und erledigten Fällen wurden die Spruchkörper in 54% der Fälle automatisch ohne Deaktivierungen und in 15% der Fälle automatisch mit Deaktivierungen gebildet. Deaktivierungen erfolgen bei Krankheiten, bei Ferienabwesenheiten oder aus Ausstandsgründen. In 31% der Fälle wurde mindestens eine Richterposition manuell besetzt. Die wesentlichen Gründe für manuelle Besetzungen waren konnexe Verfahren (30% aller manuellen Besetzungen), die Sprachregelung im Asyl, wonach immer ein zweites Mitglied im Spruchkörper sein muss, dessen Hauptsprache derjenigen des Verfahrens entspricht (18%), sowie Stellvertretungen (12%).

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung zu elf (Vorjahr zwölf) Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Inhaltlich nahm das Gericht Stellung zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss) sowie zur Teilrevision des Kartellgesetzes (KG). Weitere Stellungnahmen erfolgten zum Bundesgesetz über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten zur Bekämpfung von terroristischen und anderen schweren Straftaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG) sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst. Bei sechs Vernehmlassungen wurde

auf eine Stellungnahme verzichtet. Eine Vernehmlassung war am Ende des Berichtsjahrs noch in Bearbeitung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurde ein abteilungsübergreifendes Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG erledigt. In diesem ging es um die Frage, ob von einer Partei im ordentlichen Verfahren verschwiegene Tatsachen zur Revision eines Urteils führen können. Ausserdem fasste die Präsidentenkonferenz Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen. Beispielsweise entschied sie, das Vorgehen in Fällen zu vereinheitlichen, wo der Kostenvorschuss wegen des Abzugs von Gebühren für die Überweisung nicht vollständig dem Konto des Bundesverwaltungsgerichts gutgeschrieben wird. Ein weiterer Beschluss betraf den Umgang mit Anträgen auf Bekanntgabe der korrekten Zusammensetzung des Spruchkörpers während laufender Verfahren.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder verfahrensrechtlicher Art, werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV, V und gegebenenfalls VI des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Die fünf Bereiche des Generalsekretariats waren bis Frühjahr mit den Auswirkungen der Coronapandemie beschäftigt. Erst mit der Rückkehr in die normale Lage und der Aufhebung der letzten Massnahmen per 1. April konnte der Fachstab Corona aufgelöst werden. Der Scanning-Dienst, der die Grundlage für das mobile Arbeiten bildet, wurde weiter ausgebaut. Die elektronische Zirkulation von Dossiers wurde getestet und gerichtsweit ermöglicht. Grundlage der Digitalisierungsprojekte bildet die Prozessharmonisierung in der Rechtsprechung. Nach der Festlegung der Rollen und Verantwortlichkeiten wurde mit der Erfassung der Rechtsprechungsprozesse gestartet. Für die Nachfolge der Kernapplikationen der Rechtsprechung wurde ein Lastenheft erstellt.

Gestützt auf die Ende 2021 in Kraft gesetzte Richtlinie für mobiles Arbeiten konnten Mitarbeitende, die regelmässig einen Teil ihrer Arbeitsleistung mobil erbringen wollen, eine Homeoffice-Vereinbarung abschliessen. Die

durchschnittliche Mindestpräsenz vor Ort beträgt je nach Beschäftigungsgrad zwei bis drei Tage. Mobiles Arbeiten ist am Bundesverwaltungsgericht aus staats- und sicherheitspolitischen Überlegungen nur auf dem Gebiet der Schweiz möglich.

In Anlehnung an die Energiespar-Kampagne des Bundes wurden Massnahmen zum bewussten Umgang mit elektrischer Energie am Arbeitsplatz empfohlen. Während der Herbst- und Wintermonate wurde die Heiztemperatur in den Büros auf 20 Grad gesenkt.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 424 Personen tätig: 73 Richter/innen (65,1 Stellen), 225 Gerichtsschreiber/innen (189,7 Stellen), 46 Kanzleimitarbeiter/innen in den Abteilungen (37,4 Stellen) sowie 80 Mitarbeiter/innen im Generalsekretariat (69,0 Stellen). Zudem machten im Jahr 2022 vier Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht, und 24 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

68,7% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 24,5% französischer, 6,6% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahrs über das ganze Gericht gesehen 57,3%, wobei er beim richterlichen Personal bei 47,9% und bei den Mitarbeitenden bei 59,3% lag. 38,4% der Richter/innen und 52,4% der Angestellten arbeiteten Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 14,5% (Vorjahr 11,2%); bei den Richterinnen und Richtern 4,1%, bei den Gerichtsschreibern und -schreiberinnen 14,3% und beim übrigen Personal 20,7%.

Finanzen

Den Erträgen von 6 351 000 Franken stehen Aufwendungen von 87 000 000 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 7,3%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 1 731 000 Franken oder 37,5% zu verzeichnen, teilweise aufgrund der neurechtlichen Gebühreneinnahmen der eidgenössischen Schätzungskommissionen in Höhe von 1 144 800 Franken. Mit der Inkraftsetzung des Enteignungsgesetzes vom 19. Juni 2020 per 1. Januar 2021 fliessen nebst den entsprechenden Aufwänden auch alle Gebühreneinnahmen der eidgenössischen Schätzungskommissionen über die Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts. Bei den Gerichtsgebühren des Bundesverwaltungsgerichts wird gegenüber der Vorjahresperiode ein

Mehrertrag von 1 080 200 Franken oder 27,5% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 13,4% zugenommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 429 400 Franken oder 1,7% gestiegen. Der Personalaufwand hat um 234 600 Franken abgenommen und der Sach- und Betriebsaufwand um 1 666 800 Franken zugenommen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 143 500 Franken enthalten. Die per 1. Januar 2021 in Kraft getretene Revision des Enteignungsgesetzes führt zu wiederkehrenden Aufwendungen von 1 530 900 Franken, die erst mittelfristig vollständig durch entsprechende Gebühreneinnahmen kompensiert werden. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 47 100 Franken aus. Diese betreffen Investitionen für die Erweiterung der Videoüberwachungsanlage. Die Abschreibungen betragen 52 500 Franken und betrafen Abschreibungen für das Videoüberwachungssystem, das Geschäftsfahrzeug sowie den Videokonferenz-Ausbau.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 23 Medienmitteilungen (Vorjahr 27). 19 davon betrafen die Rechtsprechung und 4 den übrigen Gerichtsbetrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 108 Anfragen von Medienschaffenden und 47 Anfragen von Dritten. Ende Jahr waren 45 Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert.

Von öffentlichem Interesse waren beispielsweise ein Entscheid zur Kündigung einer ETH-Professorin, Entscheide zu den Asylüberstellungen nach Italien und Rückführungen nach Griechenland sowie ein Urteil über eine Beschwerde von Umweltverbänden gegen die Plangenehmigung «N04 Neue Axenstrasse». Schlagzeilen machte ferner die Bestätigung der Kündigung von vier Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte der Armee, welche die Covid-19-Impfung verweigert hatten.

Datenschutz am Bundesverwaltungsgericht

Der Inhaber der per 1. März 2021 neu geschaffenen Stelle des Datenschutz-, Informationsschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (DSISÖB) konnte im Berichtsjahr seinen Zuständigkeitsbereich wie auch die zugehörigen Prozesse optimieren und festigen. Dazu zählt, dass Zugangsge-suche ausserhalb von hängigen Verfahren seit Mitte Jahr durch den DSISÖB koordiniert werden. Aus dem Tagesgeschäft hervorzuheben sind neben der Bearbeitung allgemeiner Anfragen und Projektbeiträge auch Stellungnahmen und Empfehlungen zu aktuellen Einzelthemen wie zu

mobilem Arbeiten oder zur allgemeinen Datenbearbeitung. Darüber hinaus nahm der DSISÖB auch Stellung im Rahmen von Ämterkonsultationen und Vernehmlassungen und beteiligte sich als Vertreter des Bundesverwaltungsgerichts an der interdepartementalen Arbeitsgruppe zum Informationssicherheitsgesetz und zu den zugehörigen Verordnungen.

Projekte

eTAF

Das Bundesverwaltungsgericht trieb im Berichtsjahr das Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF weiter voran. Dieses hat zum Ziel, das Gericht bis ins Jahr 2025 schrittweise zu digitalisieren. Im Kern geht es darum, die Effizienz und Effektivität der Arbeitsweise am Gericht zu optimieren und den Zugang zur Justiz zu vereinfachen. Hierzu sollen die Kernapplikationen in der Rechtsprechung abgelöst werden, und in der Gerichtsverwaltung soll mit einer passenden Geschäftsverwaltungslösung gearbeitet werden. Des Weiteren sollen in Abstimmung mit Justitia 4.0 der Rechtsverkehr und die Dossierführung mittelfristig digitalisiert werden. Damit die Mitarbeitenden zudem künftig digital, ortsunabhängig und kollaborativ arbeiten können, sorgt eTAF für die rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Es nimmt sich darüber hinaus der kulturellen Herausforderungen an, die die Digitalisierung mit sich bringt. Im Berichtsjahr wurde ein Prozessmanagement eingeführt, das die Basis bildet für die abteilungsübergreifende Harmonisierung der Prozesse. Abgeschlossen wurde die Initiationsphase für die Nachfolge der Kernapplikationen der Rechtsprechung.

Urteilsredaktion

Im Projekt Urteilsredaktion befasst sich das Bundesverwaltungsgericht mit der Frage, was ein gut verfasstes Urteil ausmacht. Im Berichtsjahr wurden Einführungsschulungen für neue Gerichtsschreiber/innen, Workshops zum Thema Urteilsstruktur für erfahrene Gerichtsschreiber/innen und Richter/innen sowie Kurse zum Thema Sprache eines Urteils erarbeitet und durchgeführt. Diese Weiterbildungen werden in Zukunft regelmässig angeboten.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Das Bundesverwaltungsgericht beaufsichtigt die administrative Geschäftsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen und ihrer Präsidien (Art. 63 lit. a EntG). Zuständig für die administrative Aufsicht ist seit dem 1. Januar 2021 der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin. Mit den gleichzeitig in Kraft getretenen Verordnungen wird die Gebührenvereinnahmung zugunsten sowie die Entschädigungsabrechnung zulasten der Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts detailliert geregelt. Dies führte nach Ablauf der Übergangsbestimmungen Mitte 2021 nun im Jahr 2022 zu weiteren finanziellen Mehraufwänden und -erträgen (mittelfristig kostendeckend) sowie zu zusätzlichem Arbeitsaufwand für das Generalsekretariat. Die neuen Verordnungen erfordern auch von den Präsidien der ESchK einen zusätzlichen Einsatz, wobei die Finanzabteilung des Bundesverwaltungsgerichts so gut wie möglich bei der Umsetzung der Vorgaben unterstützt.

Die Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise für das Jahr 2021 lag zum ersten Mal in der Kompetenz des Generalsekretariates. Die Kommissionen erledigten ihre Verfahren im gewohnten Umfang. Dabei waren die Erledigungszahlen nachvollziehbar. Vom Kreis 2 liegt seit mehreren Jahren kein Geschäftsbericht vor, und der Kreis war mit zwei Rechtsverzögerungs- bzw. Rechtsverweigerungsbeschwerden konfrontiert, die gutgeheissen wurden. Der Präsident ist zwischenzeitlich zurückgetreten, und die pendenten Geschäfte werden interimistisch bis zur Neubesetzung des Präsidiums durch den Kreis 1 weitergeführt.

Im Rahmen der ausserordentlichen Gesamterneuerungswahlen 2022 haben sich mehrere Mitglieder der ESchK nicht mehr zur Wiederwahl gestellt. Die Aufsicht hat deshalb nach Rücksprache mit mehreren Kreisen darauf verzichtet, im Jahr 2022 Inspektionen durchzuführen. Nur mit dem Kreis 9 konnte bereits ein Termin vereinbart werden. Die anderen werden erst im Jahr 2023 unter den neuen Mitgliedern erfolgen.

Die Prüfung des Jahresberichts der Schätzungskommission Kreis 10, die mit den höchsten Fallzahlen konfrontiert ist, hat ergeben, dass im Zusammenhang mit der Entschädigung in Enteignungsverfahren insgesamt 91 Fälle erledigt werden konnten (Pendenzen Ende 2020: 943 Fälle; Neueingänge: 13 Fälle; Pendenzen Ende 2021: 865 Fälle), die meisten davon betreffend Fluglärm. Das

Sekretariat der ESchK 10 hat sich in den neuen Büroräumlichkeiten in der Stadt Zürich etabliert.

Bundesgericht

Haupttraktanden der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 1. April waren der Geschäftsbericht 2021, die Rechnung 2021 und der Voranschlag 2023. Ausserdem besprochen wurde das System der Spruchkörperbildung am Bundesverwaltungsgericht als Vorbereitung des Traktandums «Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten» der Sitzung vom 6. April mit den Geschäftsprüfungskommissionen.

An der Aufsichtssitzung vom 31. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, die personelle Situation sowie die Anpassung der Bestimmungen zur Spruchkörperbildung behandelt. Ein weiteres Thema war die Regelung der Datenschutzaufsicht an den eidgenössischen Gerichten, nachdem diese von der Aufsicht durch den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten ausgenommen worden waren (Art. 4 Abs. 2 Bst. c revDSG).

Im Berichtsjahr gingen drei Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht beim Bundesgericht ein. In zwei Verfahren wurde den Anzeigen keine Folge geleistet, das dritte Verfahren war Ende des Berichtsjahrs noch pendent.

Bundesversammlung

Am 6. April fand eine Sitzung mit den Subkommissionen Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte in Lausanne statt. Neben dem Geschäftsbericht 2021 wurde die Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten besprochen. Am 24. August führten die GPK ein Hearing mit den Autoren der Studie Konstantin Büchel / Regina Kiener / Andreas Lienhard / Marcus Roller, Automatisierte Spruchkörperbildung an Gerichten, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2021/4 durch. Eine Vertretung des Bundesverwaltungsgerichts wurde ebenfalls eingeladen, daran teilzunehmen. Das Bundesverwaltungsgericht erhielt in diesem Rahmen Gelegenheit, sich zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen der GPK zur Spruchkörperbildung nochmals zu äussern.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte wurden im Berichtsjahr zwei Sitzungen durchgeführt. An der Sitzung vom 27. April wurde die Staatsrechnung 2021 behandelt. An der Sitzung vom 19. Oktober wurden der Voranschlag 2023 und der Finanzplan 2024–2026 besprochen. An beiden Sitzungen wurden auch Quer-

schnittsfragen beantwortet. Die Finanzkommission gab den Vorschlag zuhanden des Parlaments frei.

Aufgrund von Rücktritten im Berichtsjahr entschied die Gerichtskommission, die Stellen von drei Richterinnen und Richtern auszuschreiben. Dabei setzt sich eine Stelle aus frei gewordenen Prozenten früherer Vakanzen zusammen (50%), die im Berichtsjahr provisorisch auf die bestehenden Richterinnen und Richter verteilt worden sind, sowie aus 30 Stellenprozenten, die von der Abteilung VI abgetreten wurden. Damit konnte auf den dringenden Bedarf an zusätzlichen Stellenprozenten für italienischsprachige Richter/innen reagiert werden, der sich durch die Zusammenlegung der Bundesasylzentren ergeben hat. Am 14. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung *Manuel Borla*, *Basil Cupa* und *Sebastian Kempe* zu Richtern ans Bundesverwaltungsgericht.

Auf Vorschlag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung am 14. Dezember das Präsidium des Gerichts. *Vito Valenti* präsidiert das Bundesverwaltungsgericht in den Jahren 2023 und 2024, *Stephan Breitenmoser* wurde zum Vizepräsidenten für das Jahr 2023 gewählt. Aufgrund der Erreichung der Altersgrenze von 68 Jahren kann der gewählte Vizepräsident nur bis Ende 2023 im Amt bleiben.

Zusammenarbeit

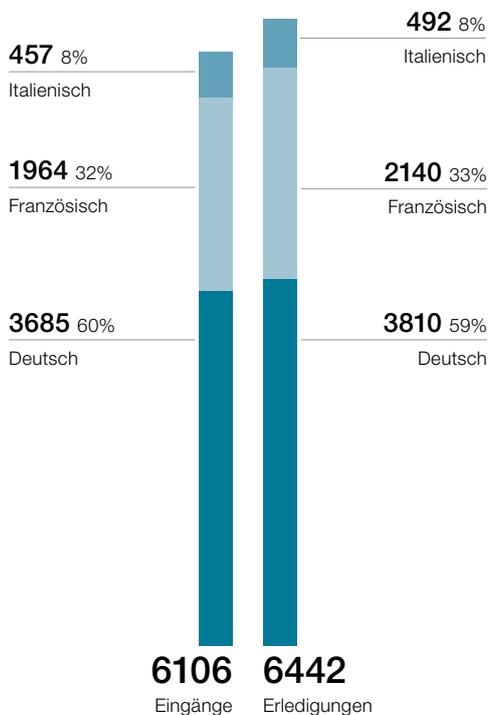
Die eidgenössischen Gerichte stehen untereinander in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden zwei gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen waren das Projekt Justitia 4.0 und der Einbezug der eidgenössischen Gerichte in das Projekt sowie der Datenschutz. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. STATISTIKEN

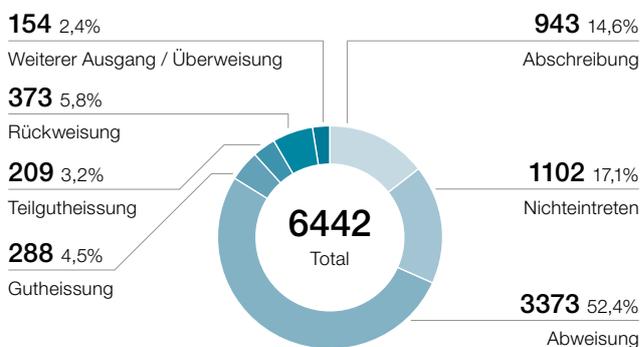
2.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensabschluss							
	Eingang 2021	Erledigung 2021	Übertrag von 2021	Eingang 2022	Erledigung 2022	Übertrag auf 2023	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	5416	5680	5197	5818	6152	4863	889	1031	3314	258	207	371	43	39
Klagen	2	2	5	1	–	6	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	152	153	30	190	182	38	41	24	30	17	1	2	28	39
Revisionsgesuche usw.	138	142	32	97	108	21	13	47	29	13	1	–	3	2
TOTAL	5708	5977	5264	6106	6442	4928	943	1102	3373	288	209	373	74	80

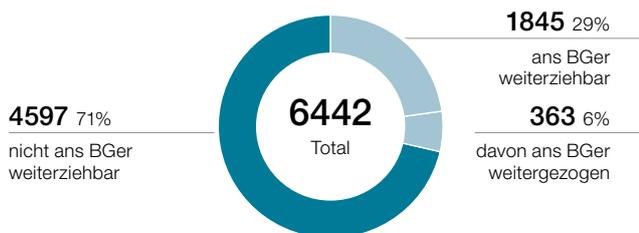
2.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2022



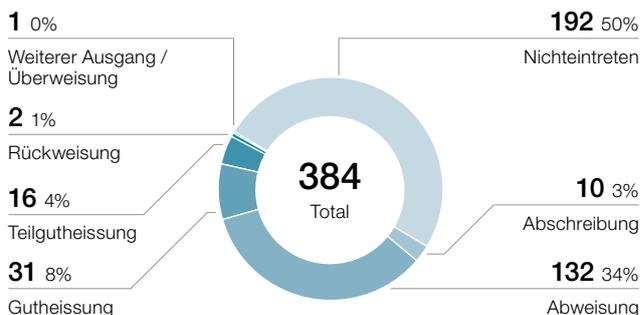
2.1.2 Art der Erledigung 2022



2.1.3 Erledigung 2022

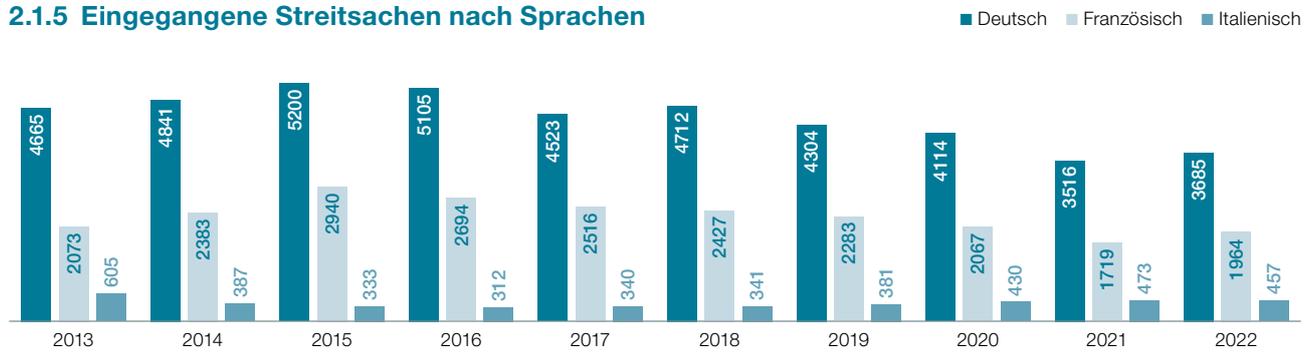


2.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren

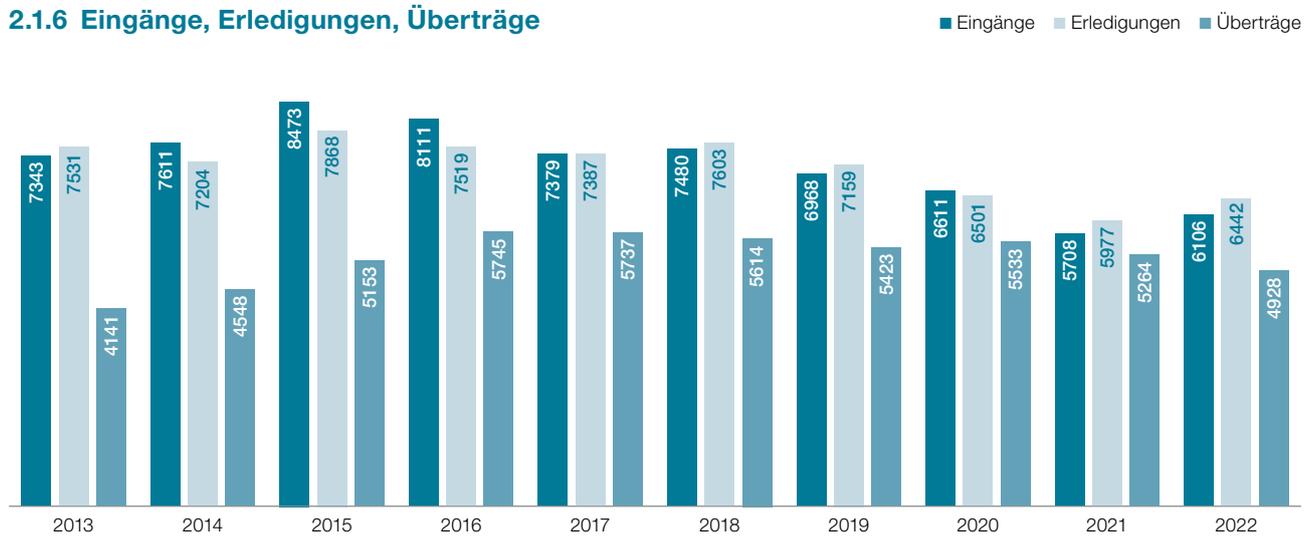


Die Differenzen zu den Zahlen gemäss letztjährigem Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen, Materienverschiebungen usw.).

2.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen

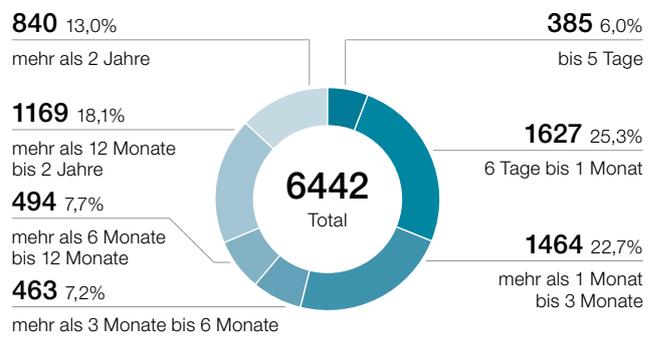


2.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge



2.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 6 Monate	mehr als 6 Monate bis 12 Monate	mehr als 12 Monate bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2022
Beschwerden	343	1519	1360	443	490	1160	837	6152
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	34	62	66	13	3	3	1	182
Revisionsgesuche usw.	8	46	38	7	1	6	2	108
GESAMTTOTAL	385	1627	1464	463	494	1169	840	6442



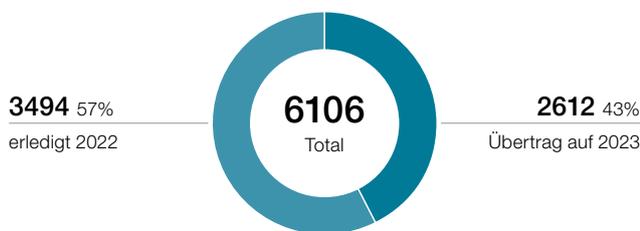
2.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	293	3990	429	3253
Klagen	-	-	859	1314
Andere Rechtsmittel	55	799	148	740
Revisionsgesuche usw.	89	974	207	661
GESAMTDURCHSCHNITT	283		427	

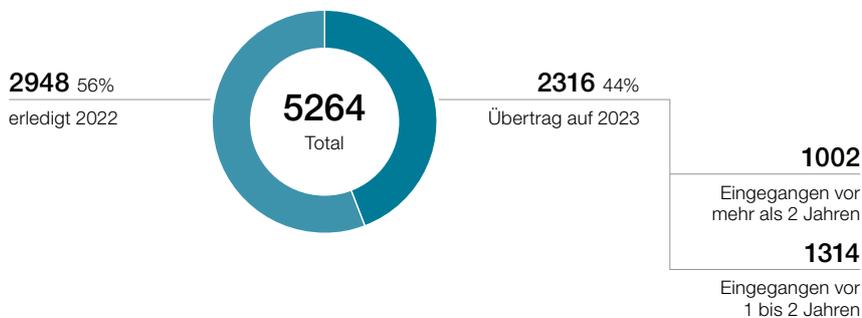
2.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2022	davon Erledigung 2022		davon Übertrag auf 2023		Übernommene Geschäfte von 2021	davon Erledigung 2022		davon Übertrag auf 2023		Neueingang 2022	Erledigung 2022	
Abteilung I	635	151	24%	484	76%	910	627	69%	283	31%	635	778	123%
Abteilung II	412	187	45%	225	55%	352	243	69%	109	31%	412	430	104%
Abteilung III	479	152	32%	327	68%	804	367	46%	437	54%	479	519	108%
Abteilung IV	1735	1184	68%	551	32%	1125	580	52%	545	48%	1735	1764	102%
Abteilung V	1547	1023	66%	524	34%	1373	629	46%	744	54%	1547	1652	107%
Abteilung VI	1298	797	61%	501	39%	700	502	72%	198	28%	1298	1299	100%
TOTAL	6106	3494	57%	2612	43%	5264	2948	56%	2316	44%	6106	6442	106%

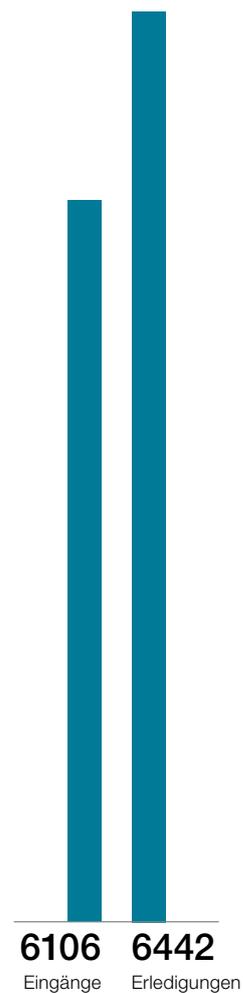
2.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



2.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

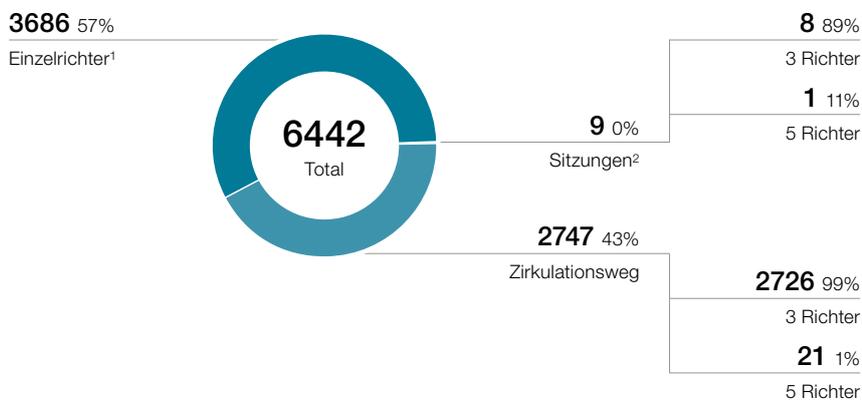


2.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



2.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzelrichter ¹	Zirkulationsweg			Sitzungen ²		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3514	2608	21	2629	8	1	9
Klagen	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	122	60	–	60	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	50	58	–	58	–	–	–
TOTAL	3686	2726	21	2747	8	1	9



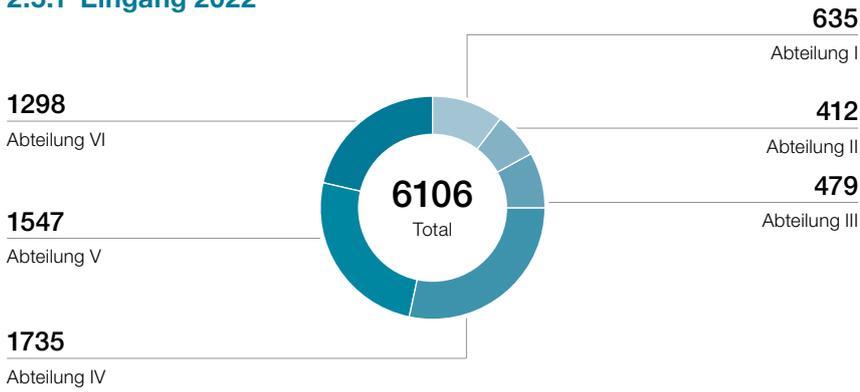
¹ Darin enthalten sind 1553 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweirichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

² Urteilsberatungen

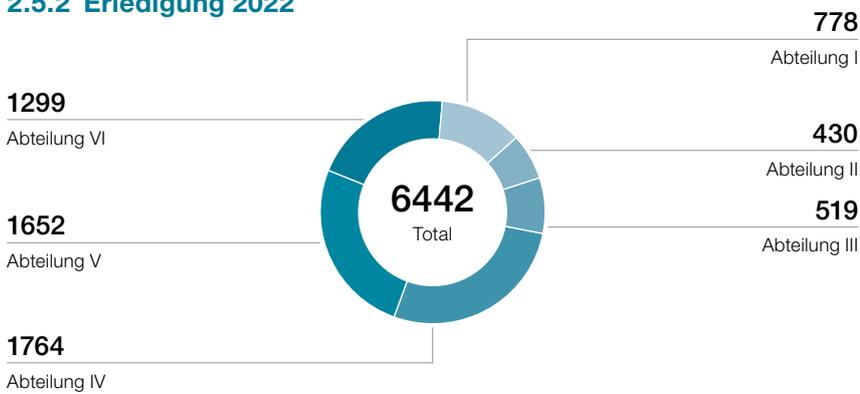
2.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2021	Eingang 2022	Erledigung 2022	Übertrag auf 2023
Abteilung I				
Beschwerden	904	614	759	759
Klagen	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	6	21	19	8
Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-
Total	910	635	778	767
Abteilung II				
Beschwerden	347	409	428	328
Klagen	5	1	-	6
Andere Rechtsmittel	-	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	-	2	2	-
Total	352	412	430	334
Abteilung III				
Beschwerden	799	471	509	761
Klagen	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	4	6	7	3
Revisionsgesuche usw.	1	2	3	-
Total	804	479	519	764
Abteilung IV				
Beschwerden	1105	1616	1650	1071
Andere Rechtsmittel	7	73	66	14
Revisionsgesuche usw.	13	46	48	11
Total	1125	1735	1764	1096
Abteilung V				
Beschwerden	1343	1465	1560	1248
Andere Rechtsmittel	12	45	46	11
Revisionsgesuche usw.	18	37	46	9
Total	1373	1547	1652	1268
Abteilung VI				
Beschwerden	699	1243	1246	696
Klagen	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	1	45	44	2
Revisionsgesuche usw.	-	10	9	1
Total	700	1298	1299	699
GESAMTTOTAL	5264	6106	6442	4928

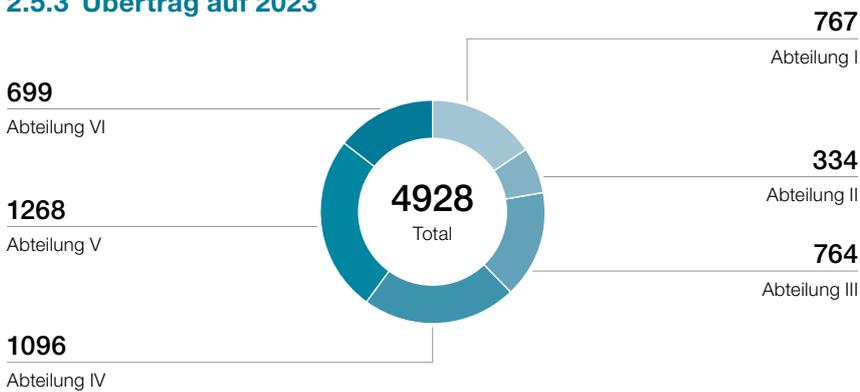
2.5.1 Eingang 2022



2.5.2 Erledigung 2022



2.5.3 Übertrag auf 2023



2.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2018	2019	2020	2021	2022	2018	2019	2020	2021	2022
Abteilung I										
Beschwerden	706	722	811	741	614	620	634	628	700	759
Klagen	1	-	-	-	-	1	1	-	-	-
Andere Rechtsmittel	20	19	36	24	21	17	23	29	27	19
Revisionsgesuche usw.	5	2	3	5	-	6	2	2	6	-
Total	732	743	850	770	635	644	660	659	733	778
Abteilung II										
Beschwerden	377	401	364	377	409	433	377	413	354	428
Klagen	1	4	2	2	1	-	1	3	2	-
Andere Rechtsmittel	11	7	1	-	-	11	6	2	-	-
Revisionsgesuche usw.	6	3	2	1	2	5	2	4	1	2
Total	395	415	369	380	412	449	386	422	357	430
Abteilung III										
Beschwerden	666	674	604	528	471	698	646	574	620	509
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	7	6	3	13	6	5	6	1	13	7
Revisionsgesuche usw.	8	4	9	5	2	6	4	10	6	3
Total	681	684	616	546	479	709	656	585	639	519
Abteilung IV										
Beschwerden	2137	1812	1694	1332	1616	2235	2040	1695	1430	1650
Andere Rechtsmittel	52	66	48	39	73	50	66	45	39	66
Revisionsgesuche usw.	97	74	100	56	46	85	71	104	61	48
Total	2286	1952	1842	1427	1735	2370	2177	1844	1530	1764
Abteilung V										
Beschwerden	1933	1774	1623	1317	1465	1971	1799	1647	1412	1560
Andere Rechtsmittel	45	45	61	52	45	39	48	56	49	46
Revisionsgesuche usw.	100	90	64	47	37	92	91	67	43	46
Total	2078	1909	1748	1416	1547	2102	1938	1770	1504	1652
Abteilung VI										
Beschwerden	1268	1210	1122	1121	1243	1293	1287	1151	1164	1246
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	25	34	43	24	45	23	32	47	25	44
Revisionsgesuche usw.	15	21	21	24	10	13	23	23	25	9
Total	1308	1265	1186	1169	1298	1329	1342	1221	1214	1299
GESAMTTOTAL	7480	6968	6611	5708	6106	7603	7159	6501	5977	6442

2.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
Staat – Volk – Behörden					
140.00 Bürgerrecht	58	-	4	-	62
141.00 Ausländerrecht	572	-	18	5	595
142.10 Asylverfahren	3506	-	32	86	3624
142.50 Asyl Verschiedenes	146	-	14	-	160
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	12	-	-	1	13
144.00 Ausweisschriften	17	-	-	1	18
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	11	-	-	-	11
170.00 Staatshaftung (Bund)	10	-	-	-	10
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	17	-	90	10	117
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	44	-	-	-	44
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	44	-	-	-	44
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	4	-	-	-	4
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	446	-	1	-	447
Total Staat – Volk – Behörden	4887	-	159	103	5149
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung					
210.10 Stiftungsaufsicht	-	-	-	-	-
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-
210.30 Solidaritätsbeiträge	4	-	-	-	4
221.10 Revisionsaufsicht	5	-	-	-	5
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	2	-	-	-	2
232.10 Urheberrecht	1	-	-	-	1
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	55	-	-	-	55
232.50 Erfindungspatente	3	-	-	-	3
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	79	-	10	-	89
232.70 Ursprungsbezeichnungen	-	-	-	-	-
232.80 Wappenschutz	-	-	-	-	-
251.00 Kartelle	23	-	-	-	23
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	172	-	10	-	182
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug					
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-
Schule – Wissenschaft – Kultur					
410.00 Schule	102	-	-	1	103
420.00 Wissenschaft und Forschung	17	-	-	-	17
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	10	-	-	-	10
450.00 Natur- und Heimatschutz	-	-	-	-	-
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	129	-	-	1	130
Landesverteidigung					
500.00 Landesverteidigung	18	-	-	-	18
Finanzen					
610.00 Subventionen	14	-	-	-	14
630.00 Zölle	61	-	1	-	62
641.00 Stempelabgaben	1	-	-	-	1
641.99 Indirekte Steuern	77	-	-	-	77
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUJST)	66	-	-	-	66
650.00 Schwerverkehrsabgabe	1	-	-	-	1
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	10	-	-	-	10
650.99 Direkte Steuern	6	-	-	-	6
654.00 Verrechnungssteuer	11	-	-	-	11
655.00 Internationales Steuerrecht	-	-	-	-	-
699.00 Finanzen (Übriges)	2	-	1	-	3
Total Finanzen	172	-	2	-	174

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr					
711.00 Enteignung	6	-	-	-	6
725.00 Nationalstrassen	11	-	-	-	11
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	9	-	-	-	9
730.20 Elektrische Anlagen	32	-	-	-	32
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	-	-	-	-	-
742.00 Eisenbahnen	19	-	-	-	19
748.10 Luftfahrtanlagen	3	-	-	-	3
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	8	-	1	-	9
749.00 Übrige Anlagen	1	-	-	-	1
783.00 Post, Fernmeldewesen	6	-	-	-	6
785.00 Radio und Fernsehen	14	-	1	-	15
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	-	-	-	-	-
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	109	-	2	-	111
Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit					
810.10 Medizin und Menschenwürde	2	-	-	-	2
810.20 Medizinalberufe	17	-	-	-	17
810.30 Heilmittel	38	-	-	-	38
810.40 Chemikalien	17	-	-	-	17
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	4	-	-	-	4
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	-	-	-	-	-
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	6	-	-	-	6
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	32	-	-	1	33
830.00 Sozialversicherung	481	-	6	3	490
830.10 Sozialversicherung AT	6	-	-	-	6
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	91	-	-	1	92
830.40 Invalidenversicherung (IV)	253	-	3	2	258
830.50 Krankenversicherung	68	-	1	-	69
830.60 Unfallversicherung	14	-	-	-	14
830.70 Berufliche Vorsorge	34	-	1	-	35
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	1	-	-	-	1
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	14	-	1	-	15
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-
Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit	597	-	6	4	607
Wirtschaft – technische Zusammenarbeit					
901.00 Investitions- und Standortförderung	1	-	-	-	1
910.00 Landwirtschaft	10	-	-	-	10
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	-	-	-	-	-
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	-	-	-	-	-
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	17	-	-	-	17
950.20 Finanzmarktaufsicht	12	-	-	-	12
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	1	-	-	-	1
Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit	29	-	-	-	29
999.00 Übriges	39	-	3	-	42
GESAMTTOTAL	6152	-	182	108	6442

VERGLEICHSTABELLE

Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)*	Bundesgericht	Bundesstrafgericht	Bundesverwaltungsgericht	Bundespatentgericht
Anzahl Richter/innen	37,3	19	65,0	3,6
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	134,6	30,9	192,6	1,0
Anzahl übrige Mitarbeitende	161,9	30,35	109,4	1,3
Geschäftslast				
Bestand am Anfang des Jahres	3238	350	5264	30
Anzahl Eingänge	7392	635	6106	24
Anzahl Erledigungen	7138	691	6442	25
Bestand am Ende des Jahres	3492	294	4928	29
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	174	323 ¹ /189 ² /125 ³	283	477 ⁴ /130 ⁵
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	43	6	1002	2
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2022 eingegangenen Fällen	58%	61%	57%	38%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2022 erledigten Fälle	87%	88%	56%	53%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	97%	109%	106%	104%
Finanzen				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17 326 881	-907 615	6 351 382	960 624 ⁶
Aufwand	100 667 399	18 053 361	87 000 126	1 548 036
Personalaufwand	83 202 589	15 249 082	73 483 271	1 297 955
Sach- und übriger Betriebsaufwand	17 428 450	2 795 682	13 998 313	260 850
Einlage in Rückstellungen	-150 000		-533 931	-10 769
Abschreibung Verwaltungsvermögen	186 360	8 597	52 473	-
Investitionsrechnung				
Einnahmen	-		-	-
Ausgaben	248 366	36 889	47 097	-
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	248 366		47 097	-
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	17,17%	-5,02%	7,30%	62,05% ⁶
Besonderes				
Unentgeltliche Rechtspflege	805 544	6 705	732 928	-
Informatik-Sachaufwand	2 140 617	518 476	4 048 470	119 123
Raummiete	681 080	1 133 520	4 019 400	58 500

* Jahresmittelwert

¹ Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer

² Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer

³ Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer

⁴ Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren

⁵ Mittlere Dauer der summarischen Verfahren

⁶ Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; Fr. 587 412)